

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:  
Berlin,  
Alte Jakobstraße Nr. 67.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

**Bestellungen** werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.  
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Politischer Theil.

### Rundschau.

Berlin, 11. September.

Die Ratificationen der Bündnisverträge, welche Preußen mit den Regierungen der Staaten in der nördlichen Hälfte Deutschlands, vorzüglich mit Oldenburg, Sachsen-Weimar, Braunschweig, Anhalt, Altenburg, Waldeck, Coburg, den beiden Schwarzburg, Neuß jüngerer Linie, den beiden Lippe und den freien Hansestädten unter dem 18. August d. abgeschlossen hat, sind am 8. Septbr. in Berlin vollzogen worden. Die Ratification derjenigen Verträge, mit welchen die Regierungen von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz diesem Bündnisse beigetreten sind, ist am 10. Sept. erfolgt. Die Verhandlungen mit Sachsen nehmen dagegen einen sehr langsamen Fortgang und beziehen sich, nach der „Nordd. Allg. Ztg.“, überhaupt noch nicht auf die zukünftige Stellung Sachsens im norddeutschen Bunde. Preußen stellt als Vorbedingung für die Friedensverhandlungen die militärische Räumung der Festung Königsstein, eine Forderung, die jedoch bis jetzt noch nicht zugestanden ist. Die durch die „Debatte“ verbreitete Nachricht, daß der König von Sachsen zu Gunsten seines Sohnes abdanken wolle, entbehrt ebenfalls der Bestätigung. Die „France“ will sogar wissen, daß die Hoffnung nicht ungerathen sei, daß ein zwischen den Souveränen von Preußen und Sachsen bestehender Briefwechsel, zu dem König Johann die Initiative ergriffen habe, nicht ohne Einfluß auf die Entschlüsse des Berliner Cabinets sein werde. Die Bestätigung dieser Mittheilung wird jedoch sehr abzuwarten sein. Die sogenannte demokratische Partei in Sachsen hat ein Programm veröffentlicht, in welchem sie von ihren Kandidaten zum Parlament des norddeutschen Bundes verlangt, daß sie bei ihrem Eintritt in den norddeutschen Reichstag gegen die Dreitheilung, wie gegen jedwede Theilung und Verkleinerung Deutschlands protestiren, und die norddeutschen Staaten, wenn auch zeitweilig von Süddeutschland getrennt, nur als einen Theil Deutschlands betrachten; daß sie die Zusammenstellung eines Parlaments fordern, das von allen deutschen Staaten, selbstverständlich mit Einschluß Deutsch-Oesterreichs, besetzt wird, und mindestens mit derjenigen Machtvollkommenheit ausgestattet ist, welche die deutsche Reichsverfassung von 1849 vorschreibt, und endlich ein dann folgendes Programm zur Nichtsahnur annehmen und zu verfechten entschlossen ist, das so viel Forderungen enthält, daß, wenn sie überhaupt alle zur Ausführung kommen können und sollen, die demokratische Partei in Sachsen die Vorbereitungen auf einen Kampf von mindestens einem paar hundert Jahren wird treffen müssen. Und beschäftigen vorläufig besonders einige Fragen, die für die Bildung des Parlaments für den norddeutschen Bundesstaat von Wichtigkeit sind.

Die Commission des preussischen Abgeordnetenhauses hat alle Zusatzbestimmungen zum Wahlgesetz für das Parlament über Diäten, Reisekosten, Stellvertretungskosten, Verhaftung der Mitglieder des Parlaments, und straflose Berichterstattung über seine Verhandlungen in der Presse abgelehnt, weil es nicht zuträglich erscheine, für weitere Bestimmungen, die nicht in das Wahlgesetz gehörten, die Initiative zu ergreifen und weitläufige Detailfragen zu ordnen, die zwar von höchster Bedeutung für die Constituirung und Wirksamkeit eines Parlamentes, aber doch nicht absolut nothwendig für seine Thätigkeit sind, namentlich so lange es sich um eine einmalige, ad hoc berufene Versammlung handelt. Wenn es nun auch richtig ist, daß diese Bestimmungen nicht unmittelbar in den Kreis des Wahlgesetzes gehören, so ist es doch auch richtig, daß diese Bestimmungen von der größten Wichtigkeit für den Charakter des norddeutschen Parlaments, ja sogar für die Annahme desselben von Seiten des deutschen Volkes sind. Die Commission hätte deshalb unseres Erachtens die Pflicht, sich über diese Bedingungen, wenn sie auch nicht in das Wahlgesetz aufgenommen werden sollen, zu vergewissern. Die Fortschrittspartei hat zwar immer das allgemeine gleiche Wahlrecht im Princip anerkannt, nur war es ihr bequem, dasselbe nicht auf ihr Programm zu stellen, weil es ihr noch nicht zeitgemäß erschien. Vielleicht wäre ihr auch jetzt eine Hinterthür für das allgemeine gleiche Wahlrecht bequem, die dasselbe zwar anerkannte, aber doch nur Renner wählbar machte. — Der officiöse Wiener Correspondent der „Karlsruher Zeitung“ bemerkt zu dem Text des österreichisch-preussischen Friedensvertrags:

Ich weiß nicht, ob es schon irgendwo hervorgehoben ist, da der Text des österreichisch-preussischen Friedensvertrags in seinem politisch-internationalen Theil sofiwörtlich den französischen Entwurf wiedergibt, wie er durch den Herzog von Gramont im Auftrag seiner Regierung redigirt und zur Annahme empfohlen war. Daß Artikel 4 des Vertrages eine wesentliche Abweichung von der betreffenden Festschreibung der Präliminarien enthält, insofern erst im Vertrage der Bildung eines süddeutschen Staatenbundes mit der den Präliminarien nicht einverleibten ausdrücklichen Maßgabe gedacht wird, daß derselbe eine „internationale, unabhängige Existenz“ haben soll, ist, soviel ich mich erinnere, bereits anbermerkt worden. Auch dieser auf nachträgliche Reclamation aufgenommene und sicher nicht bedeutungslose Zusatz entspricht vollständig dem französischen Original, welches jenem Bund „une existence internationale et indépendante“ vindicirt.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sprach sich kürzlich nachdrücklich, fast drohend, gegen die preußenfeindliche Haltung der belgischen Presse aus, so daß man versucht ist, in diesen Drohungen einen Vorboten zu Verbot belgischer Blätter, wenn nicht zu weitergehenden Vorgängen, zu sehen. Die „France“ sagt: Das halboffizielle Journal des Berliner Cabinets fährt gegen Belgien ungefähr dieselbe Sprache, wie gegen die annectirten deutschen Staaten. Es bedroht dieses Land mit dem Bohn Preußens, wenn die belgische Presse

fortfahre, von der Politik des Grafen Bismarck anders als „Siècle“ und „Opinion nationale“ zu sprechen. Will denn Preußen in Europa die Polizei führen?

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ läßt sich indeß dadurch nicht abhalten, in ihrer neuesten Nummer wegen der Haltung der österreichischen Presse eine noch drohendere Sprache gegen Oesterreich zu führen. Sie sagt unter Andern:

Die österreichische Regierung trifft hier eine sehr schwere Verantwortung, sie läßt dasselbe Treiben gegen Nachbarstaat und früheren Verbündeten wieder hervorbrechen, welches vor dem Kriege so heftig in Wälsche stand. Will man sich in Wien durch diese Bedrohung, Verhöhnung und Verachtung des kaum abgeschlossenen Friedens den Schein vollster politischer Unabhängigkeit geben? Das dürfte doch vergeblich sein. — In Europa ist kein Zweifel darüber, daß Oesterreich nur als französischer Protectionsstaat existirt. Oesterreich hätte sich nach den Niederlagen in Böhmen leicht mit Preußen verständigen und günstigere Bedingungen, als die gegenwärtigen erhalten können, aber es verschmähte die Verhandlungen mit seinem früheren Bundesgenossen, es begab sich unter fremdem Schutze und rief die Intervention des Kaisers Napoleon an. Oesterreich wollte den Frieden, seine Integrität lieber der französischen Hilfe, als der Verständigung mit dem deutschen Preußen verdanken, es gab der Stellung als französischer Protectionsstaat den Vorzug. Alle Schwärmungen der Presse auf das preussische Volk und seine Regierung vermögen dieses Verhältnis nicht zu verfallern.

Die bereits mehrfach behinderte Adresse an den König von Preußen auf Erhaltung der Selbstständigkeit Hannovers, welche mit 72,400 Unterschriften versehen und noch mit etwas mehr als 400 Ergänzungserklärungen an ihr Ziel gelangt ist, hat diesen Weg zum großen Erstaunen der dortigen Behörden gefunden, trotzdem sie durch die verschiedenen Behinderungen und Confiscationen die Sache längst erledigt glaubten. Vom preussischen Civilcommissar ist deshalb an das hannoverische Ministerium die Anweisung ergangen, „diesem agitatorischen Treiben durch geeignete nachhaltige Maßregeln Einhalt zu thun, um sich nicht der persönlichen strengsten Verantwortung durch Unterlassung derselben auszusetzen.“ — In einer stattgefundenen Versammlung liberaler Mitglieder des vormalig nassauischen Landtages ist einstimmig beschlossen worden, eine Adresse an den König von Preußen und an den Grafen Bismarck zu richten. Die Adresse soll die Anerkennung der Annexion Seitens der liberalen Landtagsmitglieder aussprechen und wegen einer dem Landesinteresse entsprechenden Verfügung über die Domainen Vorstellung machen. Eine aus sieben Mitgliedern bestehende Deputation wird die Adresse überreichen.

Das „Frankf. Journ.“ versichert, daß der Kronprinz von Preußen zum Vizekönig von Hannover bestimmt ist und bezeichnet als wahrscheinlich, daß Prinz Friedrich Carl in Zukunft in Frankfurt, vielleicht abwechselnd mit Kassel und Wiesbaden, residiren werde. — Die Gerichte einer Ministerkrise im österreichischen Kaiserstaate erhalten sich trotz aller Dementis, welche von den Organen der

Regierung oder journalistischen Volontärs ausgehen, und die ungarische Frage bildet den Angelpunkt derselben. Es scheint jedoch nicht, daß die Verhandlungen so bald zum Abschluß gelangen werden. Das darüber verlaunet, giebt dem Gedanken Raum, daß sie wieder eine trübe Wendung genommen. Wie einem Prager Blatte gemeldet wird, handelte es sich darum, „von den ungarischen Staatsmännern das Zugeständniß für eine Central-Delegation mit bescheidenen, aber bestimmten Befugnissen zu erhalten; aber auch das war nicht möglich.“ Das Ministerium ist vor das Dilemma gestellt, entweder die Forderungen Ungarns vom ersten bis zum letzten Punkte zu gewähren und desselben Selbstständigkeit aufzurichten, ohne irgendwelche vorgängige Garantie, daß es sich dem Reichsganzen als Glied einfügen werde — oder auf den Ausgleich überhaupt zu verzichten. In dieser schwierigen Lage soll es sich entschlossen haben, die Frage überhaupt auf einige Zeit zu vertagen. — Es ist in Wien bei C. Dittmarsch eine Broschüre erschienen mit dem wichtigen Titel „Actenmäßige Enthüllungen über den badi-schen Verrath an den deutschen Bundesstruppen in dem so eben beendigten preussisch-deutschen Kriege“. Der „badi-sche Verrath“ wird dem Prinzen Wilhelm von Baden, Commandanten der badi-schen Division des achten Bundes-Armee-Corps, und der mit ihm einverstandenen Kreise in Karlsruhe, beigegeben. Dieser wird darin beschuldigt, um sich den Anschein zu geben, etwas zu thun, die Preußen da, wo sie nicht waren, gesucht zu haben, und ihnen gegen Befehl da aus dem Wege gegangen zu sein, wo er ihnen entgegentreten sollte. Der Corps-Commandant ließ zwar dem badi-schen Prinzen durch dessen Adjutanten mit Absehung drohen, aber dieser, der Bruder des Großherzogs, machte sich nichts daraus und that nach wie vor, was er wollte.

Es ist alles Ernstes die Rede davon in **Frankreich** eine Art Preussischen Landwehrsystems einzuführen. Louis Napoleon empfahl dieses bereits in seinen Schriften, und die „Patrie“ bringt heute die Stelle, wo davon die Rede ist. Der damalige Prinz schlägt vor, daß die permanente Armee aus 316,000 Mann bestehen solle; die Reserve und das erste Aufgebot der Nationalgarde schätzte derselbe auf 521,198 Mann, was im Ganzen 1,515,198 Soldaten ausmacht. — In aller Munde ist gegenwärtig ein Rundschreiben, welches Licht für die nächsten Ziele der auswärtigen Politik Frankreichs zu geben bestimmt wäre; die Ansichten über dieses Schreiben lauten jedoch sehr verschieden und eigentlich geradezu widersprechend. Während einerseits behauptet wird, Herr von Lavalette, als interimistischer Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, werde dieser Tage ein Circular an die französischen Agenten im Auslande richten, in welchem die durchaus friedlichen Tendenzen der kaiserlichen Regierung noch einmal sehr präzis zum Ausdruck gelangen sollen, wird von anderer Seite her versichert, daß Herr von Lavalette an die Vertretungen Frankreichs einfach die offizielle Mittheilung von dem stattgehabten Wechsel im Cabinet des Kaisers ergehen lassen werde; von dritten Personen endlich wird als gewiß ausgegeben, daß der provisorische Chef des Auswärtigen ein Rundschreiben bereits versendet habe, dessen Inhalt zum größten Theile einem an Hrn. von Lavalette gerichteten Briefe des Kaisers entnommen sei. In diesem Schreiben soll sich der Kaiser auch ganz entschieden für eine Politik des Friedens und der Mäßigung ausgesprochen haben. — Pariser Correspondenten schweizerischer Blätter berichten übereinstimmend, der Rücktritt Drouyn's bedeute die Wendung zu einer Politik, die sich in folgende drei Punkte resumiren lasse: 1) vollständige Toleranz gegenüber Preußen und Italien; 2) Erhaltung des Friedens bis nach der Ausfertigung des nächsten Jahres, womit für Frankreich die nöthige Zeit für seine militärische Organisation und neue Bewaffnung gewonnen wäre; 3) Wiedereintritt Frankreichs in die europäischen Angelegenheiten mittelst der orientalischen Frage, wenn möglich erst nach, nöthigenfalls aber auch noch vor der Ausstellung. Die Ansicht, daß vor Ablauf der großen Weltausstellung eine Störung des Weltfriedens von Seiten Frankreichs nicht zu erwarten

sei, wird allgemein getheilt. (Bergl. die Pariser H.-Correspondenz.)

Das Interesse, welches der in neuester Zeit aufgeworfenen Frage der Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung in der **Schweiz** zu Theil wird, hat in einer kürzlich zu Brugg zu diesem Zweck abgehaltenen Versammlung auf's neue Bestätigung gefunden. Es wurde beschlossen:

1) Das gegenwärtige schweizerische Wehrsystem wird als den Anforderungen unserer Zeit nicht genügend erklärt. 2) Es sind zu seiner Umgestaltung hinsichtlich Wehrpflicht, Bewaffnung, Bekleidung, Eintheilung und Führung, Uebung, Verpflegung, Besoldung und Vergütung von Kriegskosten, Sorge für Belassene und Hinterlassene neue Grundsätze als leitend und muster-gültig aufzustellen. 3) Es ist die Gründung eines „Eidgenössischen Vereins für Volksbewaffnung“ und die Wahl eines Ausschusses sofort vorzunehmen, letzterer mit dem Auftrage: a) die Anwendung der leitenden Grundsätze für das zunächst und dringendst Nöthige und Mögliche zu bestimmen; b) diese Grundsätze bei Behörden und Vereinen zur Geltung zu bringen, und c) eine Vereins-verfassung zu entwerfen, welche einer demnächst abzuhaltenden Hauptversammlung zur Annahme vorgelegt werden soll. In den Ausschuss wurden gewählt: Oberstlieutenant Franz v. Erlach in Bern, Segeffer in Luzern, Karl Bürkli in Zürich, J. J. Ammann in Bern, N. Vogel und Ed. Baumer in Rheinfelden, Dieß in Thuzis, Beerseher in Biel und Commandant Treyer in Vaduz.

Aus **Italien** wird gemeldet, daß Ricasoli sehr erbittert ist über die Zumuthung, daß die italienischen Truppen und Commissare vor der Volksabstimmung in Venetien diese Provinz vollständig räumen sollen. Einen offiziellen Unterhändler, den man zu ihm geschickt, um ihn zu beschwichtigen, soll der Minister-Präsident gar nicht empfangen haben; durch seine Presseorgane aber läßt Ricasoli zur Rechtfertigung seines Standpunktes nicht nur auf die Präcedenzfälle der Abstimmungen in der Romagna, im Umbrien und den Marken hinweisen, sondern dem Kaiser Napoleon auch noch ein weit pikantes Argumentum ad hominem vorführen. „In Frankreich selbst“, sagt die Razione, „hat man nie die Aufrichtigkeit und Legitimität des Votums bezweifelt, das Napoleon III. zum Kaiser ausrief, obwohl derselbe thatsächlich schon seit dem 2. December 1851 die Regierung führte.“ Trogt dem wird keine andere Wahl bleiben, als sich zu fügen.

Die neuesten Depeschen lauten: Wien, 10. Sept., Abends. Die „Wiener Zeitung“ enthält im amtlichen Theile kaiserliche Handschreiben, durch welche FML. Henikstein seiner Stelle als Generalstabchef der Armee enthoben und FML. Juhn zu diesem Posten ernannt, sowie gleichzeitig mit der Leitung des Kriegsministeriums betraut wird.

New-York, 1. Sept. In Auburn, bei Gelegenheit eines zu Ehren des Präsidenten veranstalteten Banquets, stellte Staatssecretair Seward den mexikanischen Gesandten Komero vor und erklärte, er hoffe, mit kom-mendem ersten November werde die mexikanische Republik von den letzten Spuren der feindlichen Invasion befreit sein. General Grant brachte einen Toast auf Komero und auf den Erfolg der liberalen Sache und der alliierten Republikaner aus.

Im **Orient** scheint die Situation immer schwieriger zu werden. Die griechische Regierung hat zwei Noten der türkischen Gesandtschaft dahin beantwortet, daß ihr die Constitution verbiete, sowohl gegen die Presse, als gegen die Nationalgarden sandiotischer Nationalität, die ihren Vorgesetzten zu Hilfe eilen, irgend welche Zwangsmassregeln zu ergreifen. Man befürchtet deshalb den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der türkischen Regierung. Auch Serbien soll eine drohende Stellung angenommen haben und nichts unversucht lassen, um eine Alliance mit Rumänien und Montenegro gegen die Pforte abzuschließen. Derselbe Geist der Unzufriedenheit hat sich auf den Inseln Chios und Cypern gezeigt, jedoch hat der pariser „Patrie“ zufolge die türkische Regierung dahin die gewünschten Concessionen zu machen.

Aus **Amerika** geht die Nachricht ein, daß in New-York das Volk dem Präsidenten einen enthusiastischen Empfang bereitet hat. Der Präsident hat eine Rede gehalten, worin er seinen festen Entschluß aussprach, seine Politik durchzuführen, deren Zweck die Herstellung der Union sei. Herr Seward hat gesagt, daß die Presse den Krieg gegen Mexico, Spanien und England predige und daß er selbst

den Kriegen, welche das Bedürfniß des Landes nöthig machen könnte, nicht entgegen sei, aber daß er im Hinblick auf die Weigerung des Congresses, die Repräsentation des Südens zuzulassen, nicht geneigt sei, einen Krieg auf Einem Beine auszufechten; er wünsche deshalb dringend, das andere lahme Bein erst ganz wieder geheilt zu sehen. — Eine Depesche aus Reusland, datirt Sonnabend 2 Uhr 22 Minuten Nachmittags, meldet die Ankunft des „Great Stern“ im Hafen von Reusland.

## Deutschland.

**Berlin**, 11. September. [Herrenhaus.] In der 9. Sitzung vom 10. September wurde über die Annexionsvorlage verhandelt. Wir entnehmen der Verhandlung Folgendes:

Die Commission hatte unveränderte Genehmigung der Regierungsvorlage beantragt. Dagegen war von den Herren N. v. Malshahn und v. Plöy ein Verbesserungsantrag eingegangen, der unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs aber die Einverleibung in der Fassung des Abgeordnetenhauses empfiehlt.

Vor dem Eingang in die Berathung erhält das Wort Freiherr von dem Busche-Streitborst, königl. hannoverscher Kammerherr: Ich kann ein sogenanntes Eröberungsrecht nicht anerkennen, ich kann das Recht, deutsche Fürsten von Land und Leuten zu vertreiben und ihnen die Selbstständigkeit zu nehmen, nicht anerkennen. Ich kann daher dem preussischen Landtage, wie diesem hohen Hause das Recht nicht einräumen, über die im vorliegenden Gesetzentwurfe aufgeführten Länder zu beschließen. Ich bin in Folge meines Grundbesitzes gleichwäßig Preusse und Hannoveraner. Ich habe gleichmäßig dem König von Preußen und dem König von Hannover den Huldigungseid geleistet. Ich protestire daher vor Gott und diesem hohen Hause gegen die projectirte Einverleibung. Ich weiß, daß wenn Hannover jetzt der Gewalt weichen muß, es nie aufhören wird, seinem angestammten Herrscherhause treu zu bleiben und auf Gott zu vertrauen, der Hilfe zu rechter Zeit gewähren wird.

Der Berichterstatter, Herr v. Daniels legt in einer sehr langen geschichtlichen Entwicklung dar, daß Preußen eine Berechtigung zu der vorzunehmenden Einverleibung habe, und führt aus, daß eine gänzliche Einverleibung jener Länder in Preußen für die Länder selbst jedenfalls vortheilhafter sei, als eine Zerstückung derselben, die doch im Interesse der Sicherung Preußens unvermeidlich wäre. Ueber das neu eingebrachte Amendement behält er sich seine Aeußerung vor.

Herr v. Brünneel-Jacobau lobt zunächst die „kluge kraftvolle Politik“ des großen Staatsmannes Grafen Bismarck und spricht sich schließlich für den vom Abgeordnetenhaus angenommenen Gesetzentwurf aus, wünscht jedoch, daß der König nicht zu sehr beschränkt darin werde, die notwendigen Ab- und Zusatzbestimmungen, die für jene Länder nöthig sind, noch vor Einführung der Verfassung zu treffen.

Herr v. Klübow schließt sich dem Vorredner an und erklärt sich gleichfalls mit dem vom Abgeordnetenhaus angenommenen Entwurfe einverstanden; er spricht dabei den Wunsch aus, daß die Einrichtungen jener Länder so viel wie möglich gespart werden. Er hofft, daß durch die Einverleibung jener Länder das conservative Element in Preußen erheblich gestärkt werde.

Referent Dr. v. Daniels erklärt darauf, daß die Commission mit dem Verbesserungsantrage einverstanden sei. Schließlich wird der Gesetzentwurf, nachdem noch mehrere Redner, theils dafür, theils gegen den Commissionentwurf gesprochen, in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Nur wenige Mitglieder stimmen dagegen. Einige Petitionen aus Hannover werden durch den gefaßten Beschluß für erledigt erklärt.

— [Ueber die Commissionen des Abgeordnetenhauses] resp. deren Verhandlungen berichten wir wegen Mangels an Raum in nächster Nummer.

— [Der Schluß des preussischen Landtages] wird nach der „N. Fr. Z.“ am 20. d. stattfinden.

## Ausland.

**H. Paris**, 9. Septbr. [Bedeutung des jüngsten Ministerwechsels. Cooperativbewegung. Die „Cooperation“ Arbeiter-Congress in Genf.] Mit dem Ministerwechsel im auswärtigen Amte ist vorläufig ein Abschluß der Perturbationen gegeben, welche der deutsche Krieg in der kaiserlichen Politik hervorgerufen hat. Die Bedeutung dieses Ministerwechsels liegt nicht, wie man sagte, in besseren Beziehungen zu dem Berliner Kabinete; höchstens bestätigt dieser Schritt